

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

In den Beziehungen zur Schweiz gibt es derzeit keine offenen Fragen

Morgen Mittwoch beginnt der dreitägige offizielle Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. in der Schweiz – Positive Bewertung der Beziehungen auf beiden Seiten

(G.M.) – Morgen Mittwoch wird Fürst Hans-Adam II. in Begleitung von Fürstin Marie sowie Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille seinen dreitägigen offiziellen Staatsbesuch in der Schweiz antreten. Mit dem Staatsbesuch in der Schweiz setzt Fürst Hans-Adam II. zweifellos ein Zeichen für die künftige Aussen- und Wirtschaftspolitik unseres Landes und unterstreicht gleichzeitig die guten Beziehungen zu unserem westlichen Nachbarstaat. Er knüpft mit seinem Besuch auch an die Tradition von Fürst Franz Josef II. an, dessen erster offizieller Besuch ebenfalls der Eidgenossenschaft galt.

In ihrem Bericht zur Aussenpolitik hielt die Regierung 1987 fest, dass in den bilateralen Beziehungen des Fürstentums Liechtenstein das Verhältnis zu den beiden Nachbarstaaten im Vordergrund stehe: «Die besonders engen Beziehungen zur Schweiz bleiben auch weiterhin ein wesentliches Element der liechtensteinischen Aussenpolitik, welche durch die Beziehungen zu Österreich eine wertvolle Ergänzung erfahren.» Schon eineinhalb Jahrzehnte vorher hatte der schweizerische Bundesrat in einer Antwort an das Parlament erklärt, dass sich die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz durchaus positiv entwickelt hätten. Zwischen diesen beiden Stellungnahmen liegen knapp fünfzehn Jahre, in denen die Beziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten nicht nur teilweise gefestigt und mit dem Abschluss neuer Verträge weiter ausgebaut, sondern auch harten Proben unterzogen wurden, wenn beispielsweise an die Texon-Affäre und die anschließende Reform des Gesellschaftsrechts erinnert wird.

Enge Verflechtungen

Ein Staatsbesuch ist jeweils ein Anlass, um die Beziehungen zwischen zwei Staaten zu untersuchen, zu bewerten und die Möglichkeiten zur weiteren Zusammen-

arbeit auszuloten. Fürst Hans-Adam II. erklärte in einem Interview mit dem VOLKSBLATT (im Innern dieser Ausgabe) zu den Beziehungen: «Diese Zusammenarbeit funktioniert heute schon sehr gut, so dass man da wahrscheinlich nicht mehr sehr viel verbessern kann.» Und zum Staatsbesuch selber meinte er: «Es ist sicher eine gute Gelegenheit, die hervorragenden bilateralen Beziehungen weiter zu vertiefen.» Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und gegenwärtig Vorsitzender der EFTA, wies in der «Handelszeitung» positiv auf die verstärkten Eigenständigkeitsbestrebungen Liechtensteins hin: «Zwischen der Schweiz und Liechtenstein entstand ein so dichtes Netz von Abkommen, dass man meinen könnte, Liechtenstein unterscheide sich kaum mehr von einem Schweizer Kanton. Doch täuschen wir uns nicht. Das Fürstentum wusste und weiss seine Identität zu wahren, selbst wenn es mit der Schweiz die Zollgrenzen und die Währung teilt.»

Aus dem «Rucksack der Schweiz»

Mit Fürst Hans-Adam II. reist morgen Mittwoch ein liechtensteinisches Staatsoberhaupt nach Bern, das schon vor vielen Jahren eigenständigere Bestrebungen forderte und immer wieder auf die Notwendigkeit hinwies, dass sich Liechtenstein in einem sich neu formierenden Europa notfalls auch einen Platz ohne die schützende Seite eines grösseren Partners behaupten müsse. Die teilweise bildhafte Sprache ist bei diesen öffentlichen Anforderungen geblieben: Erschreckte er als Erbprinz zu Beginn der siebziger Jahre die Politiker mit der Forderung, endlich aus dem «ausserpolitischen Dornröschenschlaf» zu erwachen und aus dem «bequemen Rucksack der Schweiz» auszusteigen, so spricht er heute als Staatsoberhaupt selbstbewusst davon, «Hand in Hand mit der Schweiz den Weg in Rich-

tung europäische Integration zu schreiben.» Das Aussteigen aus dem «Rucksack der Schweiz» hat sich nach seinen Worten im grossen und ganzen so abgespielt, «wie ich mir das vor rund zwanzig Jahren vorgestellt habe.» Die UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins erscheint aus dieser Perspektive gewissermassen als Mittel zum Zweck, um als eigenständiger Staat in den Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder – wie in modellhaften Äusserungen vom Fürsten mehrfach betont – im Fall eines schweizerischen EG-Beitritts besser bestehen zu können. Der Beitritt Liechtensteins zur UNO ist in der Schweiz, wie Minister Franz von Däniken von der Direktion für Völkerrecht ausführte, mit Zustimmung beobachtet und begleitet worden. Dass Liechtenstein als selbständiges Völkerrechtssubjekt den Beitritt zu den Vereinten Nationen vollzog, erscheint Minister Franz von Däniken als «normaler Vorgang», keineswegs als «übertriebenes Emanzipationsbestreben» des Fürstentums Liechtensteins gegenüber der Schweiz.

Integrationsfragen im Vordergrund

Da im bilateralen Bereich nach den offiziellen Äusserungen, vielleicht abgesehen von gewissen anderen Vorstellungen der Schweiz in bezug auf das Banken- und Finanzinstitut-System in unserem Land, kaum offene Fragen zu besprechen sind, werden sich die Gespräche in Bern vor allem auf die Integrationsproblematik konzentrieren. Im Vordergrund stehen Themen wie EWR-Vertragsverhandlungen, die EFTA-Mitgliedschaft Liechtensteins sowie die Änderung des Zollvertrags im Hinblick auf das Integrationsgeschehen. Nach den Äusserungen von Minister Franz von Däniken drängt sich eine Änderung des Zollvertrags auf, da die Zollvertragsmaterie nicht den ganzen Bereich des EWR-Vertrags abzudecken vermag. Allerdings besteht nach seinen Worten vorerst keine Absicht, eine Ge-



Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie werden in Begleitung von Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille morgen zu ihrem ersten Staatsbesuch in die Schweiz aufbrechen. Mit diesem offiziellen Staatsbesuch werden die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein unterstrichen.

samtrevision des Zollvertrags in Aussicht zu nehmen, sondern sich auf eine kleine Änderung in bezug auf die EWR-Materie zu beschränken. Auch wenn keine «offenen Fragen mit Dringlichkeit» auf der Tagesordnung stehen, gibt es in Bern in den kommenden drei Tagen während des Staatsbesuchs genügend Gesprächs- und Verhandlungstoff. Der liechtensteini-

sehen Delegation wird es zweifellos auch darum gehen, wie im Regierungsbericht über die Aussenpolitik festgehalten, die gute Nachbarschaft zu erhalten und auszubauen: «Dies schliesst auch ein, selektiv neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit festzustellen, um eine fruchtbringende Partnerschaft bei Erhaltung der eigenen Souveränität zu gewährleisten.»

Heute Vierfarben-Modebeilage



Der heutigen Ausgabe des VOLKSBLATT liegt die Modebeilage bei. Sie ist im Vierfarbendruck gemacht. Als Modelle für die Farbfotos haben sich junge Damen von den Front Line Dancers zur Verfügung gestellt. Wir danken ihnen, den anderen Models sowie allen anderen, die zur Verwirklichung dieser Beilage beigetragen haben.

Die nächste Umweltministerkonferenz ist in Vaduz

Vorbereitung einer Bodenschutz-Konvention der Europaratsstaaten auf liechtensteinische Initiative

(G.M.) – Die Umweltminister der 23 Staaten des Europarates haben sich für die Ausarbeitung einer Bodenschutz-Konvention, wie sie von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille angeregt worden ist, grundsätzlich ausgesprochen. Vorerst aber sollen bis zur nächsten Konferenz, die voraussichtlich 1993 in Vaduz stattfinden wird, die notwendigen Abklärungen vorgenommen werden. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille war an der Umweltministerkonferenz von Dr. Felix Näscher, Leiter des Forstamtes, sowie Julius Ospelt, Leiter des Landwirtschaftsamtes, begleitet.

Die Anregung für eine Bodenschutz-Konvention geht auf die Umweltministerkonferenz in Lissabon im Jahre 1987 zurück, als Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille der Versammlung den Vorschlag unterbreitete, eine Konvention zum Schutz des Bodens zu erarbeiten. Dieses Rechtsinstrument zum Schutz des Bodens sollte nach seinen in Lissabon

gemachten Aussagen den qualitativen Schutz des Bodens umfassen, den Informationsaustausch und die wissenschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen und die Erziehung hinsichtlich eines besseren Verständnisses der existentiellen Bedeutung des Bodens integrieren.

Drei Jahre nach diesem liechtensteinischen Vorschlag, der die grundsätzliche Zustimmung aller Europaratsstaaten fand, trafen sich die europäischen Umweltminister in Brüssel erneut zu einer Konferenz, in deren Mittelpunkt die Frage der Bodenschutz-Konvention stand. Allerdings konnten sich die Umweltminister mehrheitlich nicht ganz dem geplanten Vorgehen zur Ausarbeitung einer solchen Konvention anschliessen, sondern die Vertreter einiger Länder wollten zuerst die Auswirkungen auf die Wirtschaft und weitere Auswirkungen in ihren Staaten abklären. «Der liechtensteinische Vorschlag erhielt zwar die grundsätzliche Zustimmung», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nach seiner Rückkehr aus Brüssel, «doch wird die Verabschiedung der Konvention an der nächsten Konferenz, die voraussichtlich 1993 in Vaduz stattfinden wird, aufgrund der Abklärungen in einzelnen Staaten nicht möglich sein.»

Die nächste Umweltministerkonferenz wird unter dem Thema «Natur- und Landschaftsschutz» stehen, wobei es vor allem um die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume geht sowie um die Schaffung von Ausgleichsflächen. Ferner soll der Schutz der natürlichen Ressourcen angesprochen werden.

Im Unterschied zu verschiedenen anderen Staaten des Europarates verfügt

unser Land über ein Bodenschutzgesetz, das den Zweck verfolgt, den Boden als natürliche Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen zu schützen, ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume zu bewahren und die natürliche Beschaffenheit und Fruchtbarkeit des Bodens zu erhalten. An der Umweltministerkonferenz in Brüssel unterstrich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, dass der Bodenschutz nach einem auf die Ökosystembetrachtung gestützten umweltpolitischen Ansatz rufe, welcher den Boden als mehrdimensionales System im Spannungsfeld von Bodennutzungsansprüchen und Bodenschutzerfordernissen verstehe. Ausserdem führte er aus, dass Liechtenstein die Entwicklung einer wirksamen Bodenschutzpolitik als eine über die Grenzen des eigenen Landes hinausreichende Angelegenheit betrachte, die eine internationale Zusammenarbeit verlange.

Liechtensteiner Volksblatt

Auflagestärkste Zeitung im Fürstentum Liechtenstein

Jeden Tag 8696 Exemplare
Über 20 000 Leser

Grossauflage jeden Donnerstag in alle Haushaltungen in Liechtenstein und an die Abonnenten im Ausland mit 13 596 Exemplaren

Inseratenabteilung:
☎ 242 42 oder 242 43

BRILLEN

AUGENOPTIK MARXER

Vaduz
Stadtmarkt
Tel. 28202